

Serbien in der Sackgasse

Sieben Jahre nach dem letzten Balkankrieg spitzt sich die Konfrontation zwischen Serbien und der internationalen Staatengemeinschaft zu.

Als das serbische Parlament am 1. Oktober einer neuen Verfassung zustimmte, bezeichnete Ministerpräsident Vojislav Kostunica dies als einen „Bruch des modernen serbischen Staates mit seiner Vergangenheit“. Nachdem die Verfassungsreform sich über sechs Jahre hinweg gezogen hatte, stimmten die Parlamentarier in einem Eilverfahren dem Gesetzestext zu. Dafür verantwortlich war vor allem eine Passage der Präambel, die dem Text hinzugefügt worden war. Darin wird festgehalten, dass die seit 1999 unter UN-Verwaltung stehende Provinz Kosovo ein „konstitutiver Bestandteil“ des serbischen Staatsterritoriums sei.

Lex Folscheid

Ende Oktober soll nun noch die serbische Bevölkerung über die Reformen abstimmen. Was auf den ersten Blick wie ein modernes Reformprojekt aussieht ist in Wahrheit für Serbien ein Schritt zurück, ein Schritt in Richtung innenpolitische Radikalisierung, ein Schritt in Richtung internationale Isolation und letztendlich ein Schritt in Richtung Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen im Kosovo.¹

Mit der Verankerung des serbischen Anspruchs auf die Provinz Kosovo in der Verfassung hatte sich Ministerpräsident Kostunica die Zustimmung der Radikalen Partei Serbiens (SRS) und der Sozialistischen Partei (SPS) gesichert. Beide Parteien sind tief verwickelt in die Kriegsverbrechen der 1990er Jahre. Ihre langjährigen Vorsitzenden Vojislav Seselj (SRS) und Slobodan Milosevic (SPS) mussten sich deshalb vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (ICTY) rechtfertigen. Während der Prozess gegen Milosevic nach seinem Tod vor einem halben Jahr gestoppt wurde, beginnt der Prozess gegen Seselj im November dieses Jahres erst. Trotzdem wählte ihn seine Partei am 8. Oktober einstimmig zum Parteipräsidenten. In einem west-europäischen

Parteienspektrum müsste man die SRS als ultranationalistisch, militant, xenophobe, rassistisch und antisemitisch bezeichnen. Der momentane Vizepräsident der Partei Tomislav Nikolic erklärte gegenüber dem Radiosender B92, dass er „ethnische Säuberungen“ im Kosovo für gut und richtig halte und forderte die serbische Armee auf, in das von der UN kontrollierte Kosovo einzurücken.

Nun müsste man diese verbalen Attacken nicht weiter ernst nehmen, wäre die SRS nicht mit 80 Sitzen im Parlament die stimmenstärkste Partei Serbiens. Die Sozialistische Partei hat zwar nur 22 Sitze, doch ist sie in den letzten beiden Jahren das Zünglein an der Waage in der serbischen Politik gewesen. Denn Ministerpräsident Kostunica stand seit Anfang 2004 einer Minderheitenregierung vor, die lediglich 107 der 250 Sitze auf ihrer Seite verbuchen konnte. Die Sozialistische Partei duldete die Regierung Kostunica, doch nicht ohne Bedingungen. So beschloss die Regierung etwa, die vor dem internationalen Strafgerichtshof angeklagten Serben finanziell zu unterstützen. Der internationale Haftbefehl gegen die Frau und den Sohn von Milosevic wurden ebenfalls auf Druck der Sozialisten hin, außer Kraft

gesetzt. Ihr Einfluss auf die Politik der Regierung war zum Schluss so groß, dass die Reformpartei G17 nach der Abstimmung über die Verfassung aus der Regierung austrat. Noch vor Jahresende sind deshalb Neuwahlen geplant. In den europäischen Hauptstädten sieht man diesen erstaunlich gelassen entgegen. Das Wunschscenario sieht vor, dass die oppositionellen Demokraten von Präsident Boris Tadic gemeinsam mit der Kostunica-Partei (DSS) und einigen kleineren Parteien die Regierung bilden werden. Weitaus größer ist jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass die Radikale Partei weiteren Zuwachs verbuchen wird und gemeinsam mit der Sozialistischen Partei die Mehrheit bildet. Beide Parteien hatten in den letzten Jahren kontinuierlich an Stimmen gewonnen. Durch die Verfassungsreform wird der bevorstehende Wahlkampf sich voraussichtlich auf das Kosovo konzentrieren. Ein Thema, das noch mehr Wähler in die Hände der Radikalen treiben wird.

Radikalisierung

Vor einigen Monaten strahlten serbische Fernsehkanäle ein Video aus, auf dem ein orthodoxer Priester eine Gruppe von Männern und ihre Waffen segnet. Wie sich herausstellte, handelte es sich dabei um eine Spezialeinheit der serbischen Polizei die an den Massakern von Srebrenica beteiligt war. Das Video sorgte für Furore, denn die offizielle Geschichtsschreibung in Serbien sieht vor, dass der Staat weder direkt noch indirekt an den Kriegen in Bosnien und Kroatien beteiligt gewesen sei. Die Belgrader Tageszeitung *Politika* schrieb nach der Ausstrahlung: „Das, was viele schon wussten oder nur erahnten, andere mutmaßten, bezweifelten oder hartnäckig leugneten, haben wir jetzt alle gesehen. Die brutalen echten Hinrichtungsszenen sind kein Produkt von Hollywood, sondern leider der nackte, brutale und bestialische Mord, den einige Serben an Leuten aus Srebrenica begangen haben, weil sie keine Serben waren.“ Natasha Kandic heißt die Frau, die den Tabubruch verursachte, indem sie das Video veröffentlichte. Die serbische Menschenrechtlerin ermittelt seit Jahren gegen die Kriegsverbrechen des Milosevic-Regimes. Vor einigen Monaten hatte sie aufgedeckt, dass regionale serbische Politiker und Sicherheitsbeamte in die Vertuschung der Massenmorde im Kosovo 1999 verstrickt sind. Um die staatlich-organisierte Vertreibungskampagne zu verschleiern, hatten serbische Sicherheitskräfte die Leichen von Kosovo-Albanern über die Grenze verschleppt und in Massengräbern auf serbischem Gebiet verscharrt. Kandic wurde international mit unzähligen Auszeichnungen gewürdigt, in ihrem eigenen Land hat sie jedoch nur wenige Verbündete. Die meisten Jugendliche wollen heute in Serbien nichts mehr wissen von Krieg und Embargo. Bei den Älteren hört man oft, es sei eben Krieg gewesen, da würden Verbrechen auf beiden Seiten passieren. Streng genommen war das, was sich 1999 im Kosovo abspielte jedoch



Die neue Brücke in Mitrovica verbindet den mehrheitlich serbischen Norden mit dem mehrheitlich albanischen Süden der Stadt.
(Foto: Lex Folscheid)

kein Krieg. Es war der Versuch eines Staates, eine ungeliebte Bevölkerungsgruppe gewaltsam von „ihrem“ Gebiet zu vertreiben. Während der kroatische Präsident Stipe Mesic die Kriegsverbrechen seines Landes während des Bosnienkrieges öffentlich verurteilte, wartet man bis heute auf solch einen Schritt von der serbischen Regierung.

Mit aller Klarheit muss man sehen, dass viele Serben bis heute zwar das Kosovo als die „Wiege ihrer Kultur“ bezeichnen, jedoch kein Wort über die 1,2 Millionen Kosovo-Albaner verlieren, die über 80% der Bevölkerung ausmachen. Wenn die Sprache einmal auf die Kosovo-Albaner kommt, dann wird häufig nur abwertend von den „Siptar“ gesprochen. Selbst Premierminister Kostunica und Präsident Tadic setzten die Kosovo-Albaner in der Vergangenheit pauschal mit „Extremisten“ und „Terroristen“ gleich. Warum will man mit 1,2 Millionen Terroristen in einem Staat leben? Die Antwort ist: Man will es nicht! Serbiens Ansprüche auf das Kosovo sind rein territorialer Natur. Dies machte die Lösungsvorschläge der serbischen Politiker in jüngster Vergangenheit auch so unglaublich. Außenminister Draskovic versprach den Kosovo-Albanern „Mehr als Autonomie, weniger als Unabhängigkeit“. Sobald man dieses Konzept jedoch anfang inhaltlich zu füllen, stieß man an Grenzen. Wäre Serbien bereit, ein Mitbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner in einem gemeinsamen Staat hinzunehmen? Wäre man bereit, die notwendigen Investitionen in das strukturschwache Kosovo zu stecken? Könnte man sich überhaupt vorstellen in Sport oder Kultur gemeinsam im Ausland aufzutreten?

In Serbien gibt es nicht nur die breite Öffentlichkeit, die sich dies nicht vorstellen kann. Es gibt auch diejenigen, die nachwievor der Meinung sind, man solle alle Albaner aus dem Kosovo vertreiben. Bei den Übergriffen auf Kosovo-Serben im Jahr 2004 warnte die *International Crisis Group* (ICG) davor, dass serbische Sicherheitskräfte dies zum Vorwand nehmen könnten, um den Norden

Wenn die Sprache in der Vergangenheit auf die Kosovo-Albaner kam, dann haben Premierminister Kostunica und Präsident Tadic sie immer wieder mit „Terroristen“ gleichgesetzt. Warum will man mit 1,2 Millionen Terroristen in einem Staat leben? Die Antwort ist: Man will es nicht!

Die Aufnahme des Kosovo-Paragrafen in die Verfassung bildet einen vorläufigen Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen prowestlichen Reformern und nationalistischen Strukturen aus der Milosevic-Ära.

des Kosovo zu besetzen und somit die Teilung des Kosovo zu beschließen. In Belgrad versicherten Politiker zwar, dass dies nicht stimmen würde. Das Problem ist jedoch, dass Teile der serbischen Sicherheitskräfte bis heute keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Dies ist ein weiteres Erbe aus der Ära Milosevic. Um seine Machtbasis zu sichern, gründete Milosevic in den 1990er Jahren unter dem Innenministerium eine Vielzahl an Spezialeinheiten und paramilitärischen Truppen, die alleine ihm gegenüber loyal sein sollten. Die notwendigen wirtschaftlichen Mittel dazu erhielt er, indem er im Zuge einer Privatisierung der Wirtschaft, Familienmitglieder und Gefolgsleute in Führungspositionen einsetzte. Darüber hinaus förderte Milosevic eine beispiellose Kriminalisierung der serbischen Gesellschaft. Der Milosevic-Clan beteiligte sich am Schmuggel von Zigaretten, Benzin und Waffen. Die serbische Polizei geht heute davon aus, dass der Sohn von Milosevic zwischen 1996 und 2000 etwa 76 Millionen Euro so erwirtschaftete. Dadurch entstand in Serbien in den 1990er Jahren eine verhängnisvolle Vermischung von Politik, Organisierter Kriminalität und Sicherheitsdiensten, an deren Folgen das Land bis heute zu tragen hat.

Ein bekanntes Beispiel für dieses Amalgam ist Zeljko Raznatovic, der als Milizenführer „Arkan“ bekannt wurde, doch auch für die Milovic-Partei im kosovarischen Parlament saß und eine Karriere als Bankräuber, Drogen- und Waffenhänd-

ler machte. Raznatovic wurde in Serbien wie eine Art Popstar verehrt. Seine Miliz konnte man buchen, um zu morden und zu vertreiben. Er war angeblich effizient und teuer. Auf dem Balkan kämpften viele solcher Milizen. Sie nannten sich Löwen, Adler oder Skorpione und ihre Anführer gaben sich Pseudonyme wie Arkan, Frankie oder Legija. Der Krieg machte diese Milizionäre reich, denn sie beraubten die Zivilbevölkerung, beschlagnahmten humanitäre Hilfsgüter und kontrollierten wichtige Bodenschätze. Innenpolitisch stützte Milosevic sich abwechselnd auf diese und ähnliche Gruppen, um seine Macht zu sichern. Obwohl viele Berichterstatter aus Milosevic einen großen Strategen machten, verkalkulierte er sich in fast allen entscheidenden Situationen seiner späten Karriere. So auch in Bezug auf die mafiösen-paramilitärischen Gruppierungen, die ihn unterstützten.

Als Milosevic im Jahr 2000 abgewählt wurde, verlief der Machtwechsel unblutig. Der im Westen als Reformers angesehene Zoran Djindjic übernahm die Macht. Doch tat er dies nicht ohne die Unterstützung einflussreicher Kreise. Nach allem Anschein ließ Djindjic zwar Milosevic absetzen, doch die Machtstrukturen, auf die sich Milosevic gestützt hatte, blieben weiterhin bestehen. Wie man heute weiß, wurde Milosevic von den „Roten Baretten“, einer seiner Spezialeinheiten, festgenommen und später an den Internationalen Strafgerichtshof ausgeliefert. Paradoxerweise

Die orthodoxe St. Georges Kathedrale in Prizren wurde im März 2004 bei Ausschreitungen zerstört. (Foto: Lex Folscheid)



ermittelt das gleiche Gericht gegen nicht weniger als 50 Mitglieder dieser Gruppe. Legija, der Anführer der Truppe war ebenfalls ein Mafia-Boss des einflussreichen Zemun-Clans. Die ehemaligen Wegbegleiter von Milosevic hatten frühzeitig die Seiten gewechselt. Man muss sich fragen, welche Kompromisse Djindjic bei seiner Machtübergabe eingehen musste? Als er sich im Jahr 2003 jedoch dazu entschied, diese Machtzentren abzubauen, den Kampf gegen das Organisierte Verbrechen zu verschärfen und Kriegsverbrecher an den internationalen Strafgerichtshof auszuliefern, wurde er umgebracht. Wenige Monate davor hatte die *International Crisis Group* (ICG) vor den paramilitärischen Strukturen in Serbien gewarnt: „*Sie sind die größte singuläre Gefahr für die Stabilität des Balkans.*“

Auf der Anklagebank sitzen die führenden Mitglieder der Roten Barette und des Zemun-Clans. Der Prozess dauert bis heute an, und ist zu einem Pulsmesser für den serbischen Rechtsstaat geworden. Die Diagnose ist leider ernüchternd. Im Juni dieses Jahres wurde ein wichtiger Zeuge im Fall Djindjic ermordet. Dieser hatte im April 2004 ausgesagt, dass der Sohn von Slobodan Milosevic an der Planung der Ermordung Djindjics beteiligt gewesen sei. Vor kurzem kündigte nun auch der leitende Richter im Fall Djindjic seinen Rücktritt an. Er gab gegenüber den Medien an, er sei unter Druck gesetzt worden und man habe ihm Beweise über mögliche Drahtzieher vorenthalten. Aus unerklärlichen Gründen seien seine Leibwächter abgezogen und seine Mittel gekürzt worden. Der Prozess droht nun im Sand zu verlaufen. Der serbische Staat ringt mit seinem Milosevic-Erben und der Ausgang ist nachwievor offen. Das Jahr 2005 lies in dieser Hinsicht hoffen. Führende serbische Militärs stellten sich dem Internationalen Strafgerichtshof und die Regierung beschloss das Einfrieren der Konten von flüchtigen Kriegsverbrechern. Doch trotz erheblichem Druck von Seiten der USA und der EU konnte die serbische Regierung sich 2006 nicht dazu durchringen, die ehemaligen Anführer der bosnischen Serben Radovan Karadzic und Radko Mladic auszuliefern. Die Annäherungsgespräche mit der EU wurden daraufhin beendet. Die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft rückt damit in weite Ferne. Unterdessen prahlte Seselj vor Gericht offen damit, den Aufenthaltsort von vielen gesuchten Kriegsverbrechern zu kennen. Der Richter reagierte auf diese Provokation etwas ungehalten und forderte den Angeklagten auf, seine „*Klappe zu halten*“. Mladic und Karadzic haben einflussreiche Verbündete in Politik, Armee und Geheimdiensten, die sie beschützen und die lieber an vergangenen Visionen eines Großserbiens festhalten, als den Weg in Richtung EU einzuschlagen.

Die Aufnahme des Kosovo-Paragraphen in die Verfassung bildet einen vorläufigen Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen prowestli-

chen Reformern einerseits und nationalistischen Strukturen aus der Milosevic-Ära andererseits. Und es bleibt zu befürchten, dass sich die Machtbalance langsam zur rechten Seite absenkt.

Isolation

Um die Entscheidung der Regierung Kostunica verstehen zu können, muss man ein weiteres Ereignis ins Blickfeld nehmen, das für Ende 2006 geplant war: die Entscheidung über den zukünftigen Status des Kosovo. Seit 1999 steht das Kosovo unter UN-Verwaltung, und der völkerrechtliche Status der Provinz sollte durch Verhandlungen festgelegt werden. Die europäischen Staaten hatten sich lange Zeit für eine weitgehende Autonomie des Kosovo innerhalb Serbiens ausgesprochen. Nach der Ermordung Djindjics und den offensichtlichen innenpolitischen Problemen, die danach zu Tage traten, entschieden sich die EU-Mitglieder und die USA im Laufe des Jahres 2004 dazu, eine begrenzte Unabhängigkeit des Kosovo notfalls auch unilateral anzuerkennen. Ihre Entscheidung war dabei weniger geleitet von demokratischen Prinzipien wie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Vielmehr geht es der westlichen Staatengemeinschaft um Stabilität und einen möglichst schnellen Rückzug aus der Region. Der Ausgang der Verhandlungen stand demnach bereits in groben Zügen fest.

Dies wurde den serbischen Politikern auch in informellen Gesprächen mitgeteilt. In der EU ging man davon aus, dass Serbien sich auf ein Geschäft einlassen würde, das die Unabhängigkeit des Kosovo gegen eine finanzielle Unterstützung und konkrete EU-Perspektive eintauscht.

Doch, wie bereits bei der Auslieferung von Karadzic und Mladic, ging die serbische Politik nicht auf den Handel ein, im Gegenteil sie wählte den Konfrontationskurs. Während die UN-Unterhändler sich in Wien mit den Vertretern der Kosovo-Albaner auf hohe Standards für Minderheitenrechte und eine Neustrukturierung der Gemeinden einigen konnten, boykottierte die serbische Seite die Gespräche weitestgehend. Der serbischen Minderheit, die sechs Prozent der kosovarischen Bevölkerung ausmacht, will man die doppelte Staatsbürgerschaft und die Zweisprachigkeit auf dem gesamten Territorium anbieten, sollte das Kosovo das Recht auf Eigenstaatlichkeit bekommen. Anstatt diese Regelungen als Chance zu sehen, damit die rund 200 000 serbischen Flüchtlinge in das Kosovo zurückkehren und dort in Frieden leben können, bezeichnete Präsident Tadic seine Rolle bei den Statusverhandlungen als „*Arzt, der bei seinem Patienten bleibt, auch wenn dieser auf dem Sterbebett liegt.*“ Dies zeigt, dass die serbische Regierung nicht wirklich die Interessen der Kosovo-Serben vertritt, sondern auf die Mehrheit ihrer Wähler außerhalb des Kosovo hört. Kein Politiker hatte den Mut diesen gegenüber,

In der EU ging man davon aus, dass Serbien sich auf ein Geschäft einlassen würde, das die Unabhängigkeit des Kosovo gegen eine finanzielle Unterstützung und konkrete EU-Perspektive eintauscht.



Verteilung der Serben auf dem Gebiet des Kosovo (dunkelgraue Felder). Nur ein Drittel der Serben lebt in dem Gebiet nördlich von Mitrovica.

quenz daraus wird sein, dass die EU, die USA und ihre Verbündeten das Kosovo unilateral anerkennen werden und Serbien dadurch isoliert wird. Die Verfassungsänderung und die anschließenden Neuwahlen sind ein letzter Versuch, dieses sichere Ende hinauszuzögern. Dabei nimmt die serbische Politik den Westen als Geisel. Wohlwissend, dass eine Entscheidung in der Statusfrage kurz vor den Wahlen im Dezember verheerende Wirkungen auf das Wahlergebnis haben würde, scheint die serbische Regierung darauf zu spekulieren, dass die Verhandlungsführer eine Entscheidung in der Statusfrage vertagen werden. Damit würde man jedoch gegen die Abmachung verstoßen, noch im Jahr 2006 den definitiven Status des Kosovo festzulegen. Die Verfassungsumänderung wurde im Kosovo bereits als Provokation empfunden. Ein Verschieben des Stichdatums könnte dazu führen, dass es zu Ausschreitungen kommt und die kosovarische Regierung selbst die Unabhängigkeit ausruft. Dies würde zu einer Destabilisierung der gesamten Region führen.

Gewalt

Nach dem Ende der NATO-Angriffe auf das Kosovo und Serbien im Juni 1999 marschierte die KFOR (Kosovo Force) in das Kosovo ein. Die Stadt Mitrovica im Norden der Provinz fiel in den französischen Sicherheitssektor und französische Soldaten besetzten die einzige noch verbleibende Brücke von Mitrovica. Die Stadt wird durch den Fluss Ibar geteilt, der Norden der Stadt ist mehrheitlich serbisch und der Süden mehrheitlich albanisch. Die französischen KFOR-Soldaten begnügten sich damit, die beiden Teile der Stadt voneinander abzuriegeln. Ein Versuch, multiethnische Nachbarschaften auf beiden Seiten zu erhalten, wurde nicht unternommen. Somit trafen sich auf der Brück von Mitrovica unter den Augen der KFOR-Soldaten die Serben, die in den Norden flohen und die Albaner, die in den Süden flohen. Dieses Verhalten ist symptomatisch für das mangelnde Engagement der internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo.

Die Situation im Kosovo entspricht demnach einer faktischen Teilung der Provinz entlang des Ibar. In der Region nördlich des Flusses, die an Serbien grenzt, ist die UN-Verwaltung fast inexistent. Geleitet werden die Gemeinden von einer Parallelverwaltung, die von Belgrad koordiniert und finanziert wird. Nichts lässt darauf schließen, dass man sich hier außerhalb Serbiens befinden könnte. Als Zahlungsmittel gilt der Dinar. Es gibt ein eigenes Post- und Telefonnetz und Belgrad baut nun auch an einer eigenen Wasser- und Stromversorgung des Nordens, die das Gebiet unabhängig machen würde vom Rest des Kosovo. Viele Analysten vermuten ein System dahinter. Das serbische Koordinationszentrum für das Kosovo hatte Jahre lang die Kosovo-Serben aufgefordert, nicht in ihre Heimatdörfer zurückzukehren, sondern sich

Mit der Verfassungsänderung entschied sich die serbische Regierung ebenfalls zu einer Eskalation des Konfliktes mit dem Westen.

die unpopuläre Nachricht der bevorstehenden Unabhängigkeit zu übermitteln. Stattdessen wählte Kostunica altbewährte Verhaltensmuster. Er vermittelte der heimischen Bevölkerung den Eindruck, dass Serbien erneut das Opfer eines internationalen Komplotts sei. Mit Hinblick auf die nächsten Wahlen entschied sich Kostunica dazu, die in der Bevölkerung vorhandenen radikalen Elemente nicht zu bekämpfen sondern sie zu vereinnahmen, indem er sich als Verfechter des Kosovo profilierte. Die zugrundeliegende Wähleranalyse lässt Dunkles erahnen. Kostunica scheint davon auszugehen, dass die radikale Wählerschaft deutlich in der Mehrheit ist. Sein Verhalten könnte allerdings auch den Effekt einer selbsterfüllenden Prophezeiung haben. Denn die Politik der Regierung in Sachen Statusverhandlungen und Verfassungsreform spielt den radikalen Parteien zu.

Mit der Verfassungsänderung entschied sich die serbische Regierung ebenfalls zu einer Eskalation des Konfliktes mit dem Westen. Die serbische Regierung entzog sich dadurch selbst jegliche Verhandlungsbasis. Wie die Piraten, die zuerst ihr eigenes Schiff beschädigten, bevor sie ein anderes kaperten, demonstrierten sie damit, dass es keine Rückzugsmöglichkeiten gibt. Das Kosovo muss zu Serbien gehören. Die wahrscheinliche Konse-

in dieser Region des Kosovo niederzulassen. Die serbische Regierung legte in der Vergangenheit ebenfalls einen Plan zur Restrukturierung der Gemeinden im Kosovo vor. Dieser Plan beinhaltete die Schaffung homogener Gebiete mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung, die an Serbien grenzten. Am Wichtigsten ist jedoch, dass weder die KFOR noch die kosovarische Polizei in diesem Gebiet das Gewaltmonopol besitzt. Das Gebiet wird nachwievor beherrscht von verdeckt operierenden serbischen Milizen des Innenministeriums und kriminellen Gruppierungen. In den letzten Monaten berichteten Beobachter, dass die Anzahl der serbischen Agenten gestiegen sei und sie nun auch wirtschaftlich wichtige Objekte, wie die Trepca-Minen, unter ihre Kontrolle gebracht haben.

Alles deutet darauf hin, dass Serbien sich darauf vorbereitet, den nördlichen Teil des Kosovo zu annektieren, für den Fall dass die Provinz unabhängig werden sollte. In Belgrad scheint man dieser Lösung nicht abgeneigt gegenüber zu stehen, sie würde zumindest einen Teil des Kosovo für Serbien retten. Für die Mehrheit der Kosovo-Serben würde es jedoch bedeuten, dass sie alles aufgeben müssten. Die UN-Verwaltung und die KFOR haben unterdessen nicht die nötige Kontrolle um dies zu verhindern, und wichtiger noch, sie haben bisher nicht die Bereitschaft erkennen lassen, an dieser Situation etwas zu ändern.

Auf dem Gebiet der nördlichen Gemeinden Lepozavic, Zubin Potok und Mitrovica liegen einige der bedeutendsten serbischen Kulturstädte und die Gebiete mit den wichtigsten Bodenschätzen. Jedoch wohnen nur ein Drittel aller Kosovo-Serben in diesem Gebiet. Die übrigen zwei Drittel der schätzungsweise 120 000 Kosovo-Serben leben südlich des Flusses Ibar.

Eine Teilung des Kosovo könnte zur Verbindung radikaler Gruppierungen mit einer breiten Protestbewegung in der kosovarischen Bevölkerung führen, wie es im März 2004 stattgefunden hatte. Damals hatten kosovo-albanische Extremisten die Unzufriedenheit in der Bevölkerung für ihre Zwecke instrumentalisiert. Bei flächendeckenden Ausschreitungen hatte es 900 Verletzte und 19 Tote gegeben. Ein Großteil der Demonstranten waren damals Jugendliche gewesen, die unter hoher Arbeitslosigkeit (bis zu 74%) und Perspektivlosigkeit leiden. Dieses Konfliktpotential könnte sich leicht bei einer Teilung des Kosovo entzünden, mit nicht absehbaren Folgen. Denn es gibt es auf dem Balkan nachwievor im Überfluss: Waffen. Österreichische Soldaten sind Anfang Oktober erst auf ein Waffenlager im Kosovo gestoßen, in dem sich eine halbe Tonne Sprengstoff und große Mengen an Munition und Granaten befand. Die von der UN durchgeführten Entwaffnungskampagnen hatten in den letzten Jahren nur wenig Erfolg gezeigt. Aus Angst vor

neuen Konflikten haben beide Seiten ihre Waffenarsenale behalten.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass in den kommenden Monaten eine Zuspitzung der Konfrontationen zwischen Serbien und der internationalen Staatengemeinschaft bevorsteht. Die Vergangenheit hat die Gegenwart eingeholt und man muss sich darauf einstellen, dass die „ethnischen Säuberungen“ auf dem Balkan noch nicht beendet sind.

Sie sind jedoch ebenso wenig unvermeidbar. Als die serbische Verfassung im Parlament gestimmt wurde, protestierten vor den Toren ein paar Dutzend Demonstranten gegen die neue Verfassung. Unter ihnen Sonja Biserko, eine weitere mutige Frau, die dieses „nationalistische serbische Projekt“ verurteilte. Auch wenn diese Stimmen im Moment nur wenig Widerhall zu finden scheinen, haben die Serben doch bei den Wahlen in einigen Monaten die Möglichkeit zu zeigen, dass sie weiter sind als ihre Politiker.

¹ Der vorliegende Text verzichtet auf die in der Wissenschaft übliche Zitierweise. Die Quellenangaben können nachgelesen werden in Lex Folscheid (2004): Die Zukunft des Kosovo, Saarbrücken. Eine Analyse der Lage im Kosovo (Stand Ende 2004) sowie eine Bewertung des internationalen Engagements finden sich dort ebenfalls.

Alles deutet darauf hin, dass Serbien sich darauf vorbereitet, den nördlichen Teil des Kosovo zu annektieren, für den Fall dass die Provinz unabhängig werden sollte.

Jeudi 16 novembre 2006 à 20h00

Table ronde, témoignages et débat

Quelle paix entre Israël et la Palestine ?

Paix, démocratie, Etat de droit dans un « nouveau Proche-Orient » avec

Mme Leila SHAHID

Déléguee générale de la Palestine
pour l'Union européenne, la Belgique et le Luxembourg

et la participation de
M. Marc LINSTER (RTL-Radio)
Mme Danièle FONCK (Tageblatt/Le Jeudi)

Lieu :
Centre culturel de Bonnevoie,
2, rue des Ardennes, L-1133-Luxembourg-Bonnevoie

Organisation :
Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient, avec l'Union nationale des étudiants du Luxembourg et les Amis du Monde Diplomatique
Avec le soutien de : Astm-Caritas-Cercle des ONG-Clae-Ifbv-Info-Video
Center-Sesopi-Commission Justice et Paix, Edpd/NGO/Lux-Pal-Isr

Informations : 691 436 443